

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 18.02.2011	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>22. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>15.03.2011</b> <b>688</b> <b>29 b</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Glücksspiele - Spielsucht: Glücksspielautomaten - Einstieg in die Spielsucht</b>		

1. Was hält die Stadtverwaltung von der Auffassung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Mechthild Dyckmans, dass öffentlich aufgestellte Spielautomaten für viele Jugendliche den Einstieg in die Spielsucht fördern?
2. Was hält die Stadtverwaltung von den Überlegungen der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Spielautomaten aus Gaststätten, Kneipen, Einkaufszentren usw. zu verbannen - als präventive Maßnahme gegen Spielsucht auch in Karlsruhe?
3. Inwieweit ist die Stadtverwaltung derzeit in der Lage, in den Karlsruher Kneipen, Gaststätten, Tankstellen usw. zu überwachen, dass dort keine Jugendlichen unter 18 Jahren an den dortigen Spielautomaten spielen?
4. Welche Voraussetzungen müssten nach Auffassung der Stadtverwaltung gegeben sein, um dies - keine Jugendlichen unter 18 Jahren in den Karlsruher Kneipen, Gaststätten, Tankstellen an Spielautomaten - wirkungsvoll zu gewährleisten?
5. Wie viele Spielhallen wurden in Karlsruhe in den Jahren 2009 und 2010 neu eröffnet (bitte auch Gesamtbestand Ende 2008 angeben)?
6. Welche Möglichkeiten hat die Stadtverwaltung gegen die Neueröffnungen von Spielhallen in Karlsruhe vorzugehen?
7. Wie wird seitens der Stadtverwaltung gewährleistet, dass dort keine Jugendlichen unter 18 Jahren geduldet werden?
8. Was wäre erforderlich, um dies optimal zu kontrollieren bzw. bei Verstoß zu ahnden?

**Sachverhalt/Begründung:**

Glücksspielautomaten sind ein vorrangiges Einstiegsobjekt in die Spielsucht. Vor allem Jugendliche sind entsprechend gefährdet. Die Hoffnung, auf schnellem Wege die schmale Kasse aufzubessern, endet nicht selten in einem Kreislauf von Sucht und Überschuldung, aus dem dann ein Ausweg mit kriminellen Mitteln gesucht wird. Prävention scheint hier besonders geboten.

Die Glücksspielindustrie setzt in Deutschland allein mit Spielautomaten jährlich über 3 Milliarden um. Ihr Einfluss im Sport-, Medien- und Politikbereich wächst.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans (FDP), versucht derzeit, schärfere Maßnahmen im Bereich der Spielautomaten durchzusetzen - drastische Auflagen für Spielhallen und ein Verbot von Spielautomaten in Gaststätten, Einkaufszentren usw. Ob sie sich innerhalb der Bundesregierung (v. a. gegen den Wirtschaftsflügel der FDP) durchsetzen kann, ist offen. Was die Stadt Karlsruhe als Kommune zur Prävention gegen Spielsucht in Sachen Glücksspielautomaten tun kann, soll die Anfrage klären helfen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt

4. März 2011